



Mietensteuer wird teuer

Das jedenfalls behauptet die CDU, die damit auf die Initiative der SPD reagiert, eine Steuer für Vermieter einführen zu wollen, deren Nettokaltmieten oberhalb von 110 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmieten liegt.



Dirk Stettner, Sprecher für Bauen und Wohnen der CDU-Fraktion Berlin, erklärt: „Statt das Mietenproblem endlich zu lösen, wirft die SPD den Berlinern neuen Sand in die Augen. Nach dem gescheiterten und verfassungswidrigen Mietendeckel und der quälenden Debatte um milliardenschwere Zwangsenteignungen wollen

die Genossen eine Mietensteuer erheben. Dabei wissen sie schon jetzt, dass diese genauso wenig Bestand hätte vor unserer Verfassung. Wenn sie deshalb jetzt nur noch von einer Abgabe sprechen, ist das für die Mieterinnen und Mieter ein teurer Etikettenschwindel - Steuern und Abgaben müssen am Ende sie bezahlen. Das wäre unzumutbar, schafft nicht eine zusätzliche Wohnung und somit keinerlei Entspannung auf dem Wohnungsmarkt.“

Stettner weiter: „Völlig unklar ist auch, ab wann eine Mietforderung so hoch ist, dass die SPD ihre neue Steuer einfordern würde. Im Gespräch sind Mieten von mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Allerdings hat Berlin durch das rot-rot-grüne Mietendeckel-Desaster leider seinen rechtssicheren und qualifizierten Mietspiegel verloren. Damit scheint es aussichtslos, ortsübliche Vergleichswerte bei Mietforderungen zu bestimmen.“

Stettner fährt fort: „Die SPD darf sich nicht weiter selbst zu einem Mieterschreck machen und für Verunsicherung der Berlinerinnen und Berliner sorgen. Stattdessen brauchen wir vor allem Mietensicherheit und mehr Neubau. Der aber würde komplett abgewürgt werden, da Neubau zu aktuellen Vergleichsmieten praktisch unmöglich ist. Dazu kommt, dass der Senat mit neuen Auflagen die Kosten immer weiter nach oben treibt.“

Foto: Dirk Stettner

„Besser wäre“, so Stettner, „Bebauungspläne beschleunigt umsetzen, Vorhaben- und Erschließungspläne massiv nutzen, Baugrundstücke auf Erbbaupachtbasis an Bauherren vergeben, Dachgeschossausbauten sowie Nachverdichtungen zu bezahlbaren Mieten von 10 Euro (kalt) fördern, die Bauordnung von Kostentreibern befreien, endlich einen gültigen Mietspiegel erarbeiten. Das alles wären gute Beispiele, um den Wohnungsmarkt zu entspannen und die Mieterinnen und Mieter zu entlasten.“

Steuererhöhungen, Neubaubremse, Enteignungen und haltlose Versprechungen belasten dagegen das Investitionsklima und führen damit auch zum Verfall des Wohnungsbestandes. Stattdessen muss der rot-grün-rote Senat endlich gemeinsam mit allen Beteiligten der Wohnungswirtschaft für viel neuen und bezahlbaren Wohnraum sorgen und alle Enteignungsfantastereien endlich beerdigen.“

Nun, die Enteignungsfantasien sind vor allem bei der Linken besonders ausgeprägt. Heute ist eine der beiden Bundesvorsitzenden, **Susanne Hennig-Well-sow**, zurückgetreten, sofort, unverzüglich. „Wir haben zu wenig von dem geliefert, was wir versprochen haben. ... Eine Entschuldigung ist fällig, eine Entschuldigung bei unseren Wählerinnen und Wählern, deren Hoffnungen und Erwartungen wir enttäuscht haben. ... Zu wenige Menschen glaubten uns, dass wir bereit und in der Lage wären, dieses Land aktiv gestaltend zum Besseren zu verändern.“, erklärte sie. *Quelle: Der Tagesspiegel*

Aus den „Enteignungsfantasien“ wird nichts. Das allein ist Enttäuschung für die Anhänger der Linken in Berlin. Die CDU will das Bauen leichter machen, wer will das nicht? Tatsache ist aber, dass das Bauen rund 15 Euro nettokalt pro Quadratmeter kostet. Die Formulierung „bezahlbaren Wohnraum“ zu schaffen, hört sich gut an, aber wie? Die Kosten für Baumaterialien, zum Beispiel für Holz, sind Corona bedingt schon explodiert. Jetzt kommen noch die Auswirkungen des Krieges hinzu. Irgendjemand muss „bezahlbaren Wohnraum“ finanzieren. Mieten, wie und wodurch auch immer, zu begrenzen, ist eine tolle Idee. Die Baukosten zu begrenzen, wird kaum möglich sein. Allein durch mehr Wohnungsbau kann keine Wohnung in der Herstellung billiger werden. Egal wie die Bundesbauminister hießen und von welcher Partei sie kamen, geschehen ist nichts, um den Wohnungsmarkt zu entlasten. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland nannte die aktuelle Bauministerin **Klara Geywitz** (SPD) in einer Bewertung der ersten 100 Tage, „Die Unsichtbare.“

Ed Koch